
c/o Dr. Antonia Fehrenbach – Redderkoppel 17 - 24638 Schmalensee

An den
Ministerpräsidenten
des Landes Schleswig-Holstein
Herrn Torsten Albig
Staatskanzlei
Düsternbrooker Weg 104
24105 Kiel

An das
Ministerium für Energiewende,
Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
Herrn Dr. Robert Habeck
Mercatorstraße 3
24106 Kiel

Offener Brief an Torsten Albig und Dr. Robert Habeck

nachrichtlich: Ralf Stegner (SPD), Detlef Mathiessen (Die Grünen), Flemming Meyer (SSW), Johannes Callsen (CDU), Wolfgang Kubicki (FDP), Sven Stückelschweiger (Piraten), Angelika Beer (Piraten), Marco Höne (Die Linke)

Schleswig-Holstein, den 23. Juli 2013

Sehr geehrter Herr Albig,
sehr geehrter Herr Dr. Habeck,

nun ist es offiziell, was viele aufgeklärte Bürger schon lange wissen – es gibt in den nächsten 10 Jahren keine wirtschaftlich nutzbare Speicherung für Windstrom, und es ist nicht mal sicher, ob es sie jemals geben wird!

Wir fordern Sie daher auf, Ihren Wählern einige Wahrheiten zur sogenannten Energiewende zuzumuten und ihnen Folgendes zu sagen:

- Sollten im ungewissen positiven Falle in 10 – 15 Jahren sinnvolle Speichermöglichkeiten vorhanden sein, wären die heutigen Windkraftanlagen dann technisch verschlissen.

- Da das Angebot an Strom bereits heute weit über dem Bedarf liegt, ist der weitere Ausbau der witterungsabhängig begrenzt verfügbaren Wind- und Sonnenenergie wirtschaftlicher und ökologischer Unsinn.
- Wenn die Zielstellung für Windkraft in Deutschland mit 60.000 Windkraftwerken (heute ca. 23.000 Stück mit 7,3% am Strommix beteiligt) umgesetzt würde, hätten wir etwa alle 10 km ein Windindustriegebiet, was ohne Speicherung des Stroms eine teure sinnlose Zerstörung der Natur nach sich ziehen würde.
- Der Bürger muss erfahren, dass die Meldungen über installierte Leistungen von Wind- und Photovoltaikanlagen nicht der realen Leistung entsprechen. Bei Windkraftanlagen liegt sie bei bundesweit durchschnittlich 17%!
- Der Bürger muss außerdem erfahren, dass zur Versorgungssicherheit von Industrie und Haushalten ständig Kohle- und Gaskraftwerke in Betrieb sein müssen und dass die umweltfreundlicheren Gaskraftwerke weitgehend der falschen Steuerung der „Energiewende“ zum Opfer fallen.
- Sagen Sie den Bürgern, dass Windkraftanlagen **nicht** den CO₂-Ausstoss reduzieren! Die Niederlande haben bereits im Juli 2012, u.a. aus diesem Grund, das weitere Aufstellen von Windkraftanlagen in der Windregion „Noord-Holland“ untersagt.
- Die wenigsten Bürger haben bisher davon Kenntnis erhalten, dass die Landesregierung von Schleswig-Holstein als erstes Bundesland die durch die EU empfohlenen Tabuzonen für den Bau von Windkraftanlagen um Horststandorte gefährdeter Großvogelarten wie Seeadler, Schwarzstorch, Weißstorch und Rotmilan aufgehoben hat. Mit diesem neuen Erlass aus Juli 2013 eröffnen Sie, Herr Dr. Habeck, zusätzliche Möglichkeiten, weitere sensible Naturräume für den Verbau mit Windkraftanlagen zu erschließen.
- Die wenigsten Bürger haben bislang davon Kenntnis erhalten, dass die bisherigen Abstandsregelungen für die wenigen Waldgebiete Schleswig-Holsteins zu Windindustriegebieten keine Gültigkeit mehr haben.
- Sie wissen auch nicht, dass der Schutz bedrohter Fledermausarten zur Farce geworden ist, weil die Empfehlungen der Gutachter an die Betreiber, während der Flug- und Migrationsphasen von Fledermäusen Abschaltzeiten einzuhalten, von den Behörden nicht überwacht werden. Diese sogenannten „Geschenke“ der Investoren an den Naturschutz sind Pakete ohne Inhalt.
- Die wenigsten Bürger wissen von der Gefahr, die von Ihrer Politik einer „Förderung wirtschaftlicher Begehrlichkeiten“ ausgeht. Für Seeadler und andere durch Windkraft schlaggefährdete Großvogelarten lauern inzwischen neue Gefahren, wenn sie an einer Windindustrieungsfläche

brüten, jagen, oder sie gar überqueren. Denn das Tötungsrisiko durch Vergiftung oder Abschuss steigt mit jedem Tag der durch ihre Anwesenheit bedingten Verzögerung eines Bauvorhabens.

- Stellen Sie klar, dass es hier um einzigartige, ganz besonders schutzwürdige Lebensräume geht, dass ein freies Brutrevier in der nächsten Saison mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder besetzt wird, dass es keinen Sinn macht, für den Bau von Windkraftwerken Tiere zu vertreiben oder gar zu töten. Verweisen Sie mit Nachdruck auf das artenschutzrechtliche Tötungsverbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 Bundesnaturschutzgesetz (Vergl. BVerwG 4 C 1.12 Urteil vom 27.06.2013)!
- Die Bürger sollten erfahren, dass die angebliche Akzeptanz für Windkraftwerke ohne die immensen Lockangebote seitens der Windenergiebetreiberfirmen in Geld- oder Sachform (wie z. B. in einem bekannten Fall in Form einer Entschädigungssumme für noch nicht angefallene Gewerbesteuer oder durch Zusicherung der kostenfreien Verlegung von Leerrohren für eine Breitbandnutzung im Vorwege) kaum vorhanden wäre. Hier hüllt sich die Finanznot der Kommunen in den vermeintlich „sauberen Deckmantel“ des Klimaschutzes.
- Sagen Sie den Menschen, dass sie durch die heute gültigen Immissionschutzgesetze nicht mehr ausreichend geschützt werden. Dies bestätigen ernstzunehmende Wissenschaftler auf der ganzen Welt. Geben Sie zu, dass dem Vorsorgeprinzip für die Gesundheit der Anwohner **nicht** Rechnung getragen wird, wenn die Genehmigungspraxis für Windindustrieanlagen immer mehr an die Grenzen der veralteten Lärmschutzbestimmungen getrieben wird. Es ist Fakt, dass Immissionen von Windkraftanlagen krank machen können! Dies vor allem, weil Periodizität und Dauer der Lärmeinwirkung unterbewertet, niederfrequente Schallwellen falsch bewertet werden.
- Seien Sie endlich ehrlich zu den Bürgern! Benennen Sie den Verlust der Wohnwerte in der Nähe von Windindustrieregionen und die Einbußen bei der damit verbundenen Alterssicherung und Kreditwürdigkeit der Anwohner! Geben Sie zu, dass Dorfstrukturen und Regionen zerstört werden und weisen Sie hin auf den drohenden sozialen und zwischenmenschlichen Riss in der Dorf- und Landbevölkerung, bedingt durch die Trennung der vielen betroffenen Verlierer und der wenigen Gewinner dank EEG und Landpacht!
- Sagen Sie den Bürgern, dass die Rechtslage zur Umsetzung des **EU-Programms zu "erneuerbaren" Energien** auch aus Sicht des Europäischen Gerichtshofs strittig ist! Unlängst hat er die von der EPAW (European Platform Against Windfarms - vertritt 615 Organisationen und Verbände aus 24 Ländern) eingereichte Klage angenommen, welche die

Einhaltung der Aarhus Konvention (Einhaltung der Bürgerechte – Transparenz und Bürgerbeteiligung bei Verfahren, die das Lebensumfeld beeinträchtigen) in Bezug auf dieses EU-Programm einfordert.

- Durchbrechen Sie den Teufelskreis dieser zerstörerischen Logik, indem Sie den Bürgern auch die Nachteile, Verluste, Einschränkungen und Gefahren begreiflich machen, die uns durch Ihre forcierte **Energiewendepolitik ohne Masterplan** derzeit überrollen!

Herr Ministerpräsident, Herr Minister,

Wald- und Naturschutz unterliegen den Landesgesetzen und damit Ihrer Verantwortung, und wir fordern Sie auf, sofort die Freigabe der Abstandsregelungen für Waldgebiete zugunsten von Windindustriegebieten aufzuheben.

Wir fordern Sie auf, die wachsende Kriminalität gegen das Leben geschützter Vogelarten zu unterbinden, indem Sie für jeden im Einzugsgebiet von Windindustrieignungsflächen getöteten Seeadler, Schwarzstorch, Weißstorch oder Rotmilan die Fläche mit einem Bauverbot von mindestens 5 Jahren belegen plus die Wiederherstellung des Brutstandortes. Tötungen durch Schlag an bestehenden Anlagen müssen mit Restriktionen für den Betreiber belegt werden. Die Beweislast darf hier nicht beim Bürger liegen, sondern der Betreiber hat regelmäßig nachzuweisen, dass Tiere durch den Betrieb seiner Anlagen keinen Schaden nehmen.

Wir fordern Sie auf, für bestehende Anlagen Gesetze zu schaffen, die das Nicht-Einhalten vorgegebener Abschaltzeiten unter Strafe stellen.

Schaffen Sie endlich auch in Schleswig-Holstein gesetzliche Regelungen, welche die menschenverachtenden Abstandsempfehlungen der ministerialen Runderlasse zu Windkraftanlagen von 400 m zu Einzelhäusern/ Siedlungssplittern bzw. 800 m zum Ortsrand beseitigen. Die Abstände zu jeglicher Wohnbebauung müssen entsprechend dem Art.2 GG (Recht auf körperliche Unversehrtheit) für alle Anwohner gleichermaßen (nach dem Gleichheitsgrundsatz für alle Menschen) vergrößert werden! Internationale Studien (u.a. der WHO) beweisen, dass Gesundheitsschäden durch Schlafstörungen, Beeinflussung neurologischer Vorgänge auch unterhalb der Lärmgrenzwerte und der Hörschwelle auftreten. Abstände zur Wohnbebauung von mindestens 2 km (in England gelten entsprechend neuesten Erkenntnissen bereits 3 km) bzw. der 10-fachen Höhe der Anlagen sind daher zwingend erforderlich, um gesundheitliche Schäden für den Menschen möglichst gering zu halten.

Fahren Sie die Pläne für den Ausbau von Windenergie in Schleswig-Holstein zurück und stoppen Sie den weiteren Ausbau der Windenergie!

Lassen Sie die Regionalpläne entsprechend bereinigen!

Wind- und Sonnenenergie sind nicht alternativlos. Die erste Alternative ist sparsamer Umgang und nicht ein Mehr an Verbrauch.

Herr Ministerpräsident, Herr Minister,

Ihre Parteien und Sie wurden gewählt, damit Sie uns Schleswig-Holsteiner beschützen und gemäß Landesverfassung auch unsere Natur.

Beides wird heute grob verletzt.

Wenn Sie diese unvernünftige Politik jetzt nicht stoppen, werden Sie uns und viele andere Wählerinnen und Wähler verlieren. Insbesondere im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl.

Denn auf der Bundesebene sind die tieferen Ursachen der beklagten Missstände zu verorten. Das Erneuerbare Energien Gesetz macht den exzessiven Ausbau der Windkraft erst möglich. Die durch dieses Subventionssystem erzeugten Finanzströme schaffen ökologisch und ökonomisch irrsinnige Anreize. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage sieht darin einen Subventionswettbewerb zu Lasten der Allgemeinheit. Wir stimmen dieser Einschätzung der Wirtschaftsweisen voll und ganz zu, würden jedoch konkretisieren wollen: Der Subventionswettbewerb geht immer mehr zu Lasten von Mensch und Natur.

Steigen Sie aus diesem irrsinnigen Wettlauf aus.

Widerstehen Sie auf Landesebene den natur- und menschenfeindlichen Anreizen, die Ihnen die Subventionen bieten. Tragen Sie auf der Bundesebene dazu bei, die eklatanten Fehlanreize abzustellen. Nutzen Sie diese Fehlanreize nicht länger für Ihre Zwecke aus und widersetzen Sie sich nicht sinnvollen Reformen.

Zum Wohle Schleswig-Holsteins und unseres ganzen Landes bitten wir Sie:

Kommen Sie zur Vernunft!

Um Ihnen den Weg dahin zu erleichtern, Sie mit ideologiefreien und fundierten Informationen zu versorgen und somit der Vernunft Kraft zu geben, haben wir die Bundesinitiative **VERNUNFTKRAFT**. ins Leben gerufen.

Innerhalb kürzester Zeit haben sich unter diesem Dachverband bereits über 180 Bürgerinitiativen aus allen Regionen Deutschlands, mehrere Landesverbände und Wissenschaftler verschiedener Disziplinen zusammengefunden – darunter drei Träger des Bundesverdienstkreuzes.

Die schleswig-holsteinischen Unterzeichner mit ihren Initiativen und dem Landesverband Für Mensch und Natur - Gegenwind sind Akteure innerhalb der Bundesinitiative Vernunftkraft.

Für Schleswig-Holstein betreffende Themen stehen Ihnen diese und der Vorstand des Landesverbandes gern als Ansprechpartner zur Verfügung.

Wir alle erwarten, dass Sie unverzüglich den unsinnigen weiteren Ausbau der Windstromerzeugung aufhalten, den Bürgern die Wahrheit sagen über die zum Selbstzweck gewordene Energiewende, über die **planwirtschaftliche Förderung** dieser Branche und über die **negative Ökobilanz** und dass Sie Ihrer Verantwortung für dieses Land, seine Bürger und seine einzigartigen Naturräume nachkommen.

Mit freundlichen Grüßen,



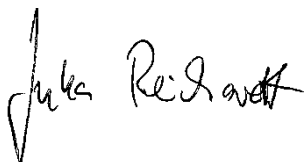
Dr. Antonia Fehrenbach
Bürgerinitiative Schmalensee



Frank Jurkat
Erster Vorsitzender des
Landesverbands für Mensch und
Natur – Gegenwind Schleswig-
Holstein e.V.



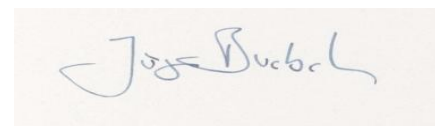
Hans Ullrich Schroeder
Bundesverband Landschafts-
schutz, Regionalverband
Schleswig-Holstein e.V.



Jutta Reichardt
European Platform Against
Windfarms (2. Vorsitzende)



Dr. Hans-Joachim Zielinski
Erster Vorsitzender "Gegenwind -
für eine industriefreie Nordsee e.V.



Jürgen Bucksch
Vorsitzender der Wählergemein-
schaft "Bürger für Schmalensee".



Uwe Krüger
Bürgerinitiative Uelvesbüll



Gudrun Seehawer
Bürgerinitiative Naturpark Aukrug



Petra Tiemann
Bürgerinitiative Oldenborstel

Lothar Hellwig

Landesverband für Mensch und Natur – Gegenwind Schleswig-Holstein e.V.

Günter Tomsen

Zweiter Vorsitzender
Landesverband für Mensch und Natur – Gegenwind Schleswig-Holstein e.V.

Ingeborg Bücking

Landesverband für Mensch und Natur – Gegenwind Schleswig-Holstein e.V.

Dr. Annegret Larsen

Bundesinitiative Vernunftkraft,
Fachbereichsleiterin Geologie und Klima (Bayern)

Dr.-Ing. Detlef Ahlborn

Bundesinitiative Vernunftkraft,
Fachbereichsleiter Technologie (Hessen)

Dr. Eckhard Kuck

Bundesinitiative Vernunftkraft,
Fachbereichsleiter Medizin (Hessen)

Dr. Karl-Heinz Glandorf

Bundesinitiative Vernunftkraft,
Öffentlichkeitsarbeit (Baden-Württemberg)

Ute Treber

Bundesinitiative Vernunftkraft,
Zweite Vorsitzende (Hessen)

Dr. Nikolai Ziegler

Bundesinitiative Vernunftkraft,
Fachbereichsleiter Volkswirtschaft und erster Vorsitzender (Berlin)

Helga Ehresmann

Bundesinitiative Vernunftkraft,
(Brandenburg)

Sven Noack

Bundesinitiative Vernunftkraft,
(Sachsen)

Katharina Quabius

Bundesinitiative Vernunftkraft,
(Bayern)